

Wahlprogramm

Wo wir heute sind

Die Herrschaftsstruktur in der Gesellschaft des kollektiven Westens hat sich seit 2019 grundlegend geändert, indem das internationale Finanzkapital die absolute Macht an sich gerissen hat, nachdem es sowohl das Handels- wie das Industriekapital kannibalisiert hat. In allen großen und bedeutenden Firmen haben bereits allein die drei größten sogenannten Vermögensverwalter Blackrock, Vanguard und State Street mindestens eine Sperrminorität – und hinter ihnen gibt es zwei Dutzend weitere, die sich an ihnen orientieren um mitnaschen zu können. Als Koordinierungsorgan des internationalen Finanzkapitals dient das World Economic Forum (WEF), dessen Frühstücksdirektor und Megaphon Klaus Schwab im »The Great Reset« mitteilen durfte, wie sich dieses Finanzkapital eine ideale Zukunft in ihrem Interesse vorstellt. Es soll alles besitzen, die 95% gar nichts und ihre Knechte ein bißchen was. Wer nichts Materielles besitzt hat selbstredend auch sonst keine Rechte. Das ist nicht die Zukunft, die wir wollen, das ist die Zukunft, die wir verhindern müssen.

Die US-Administration wie die EU-Kommission und mit ihr fast alle Regierungen der Mitgliedsländer werden vom internationalen Finanzkapital am Gängelband geführt, wobei wir in Luxemburg am Kirchberger Boulevard Kennedy sowohl eine Niederlassung von Blackrock wie eine solche von State Street haben. So wie es ein Fehler war, die Ankündigungen eines Adolf Hitler in »Mein Kampf«, hinter dem auch damals nicht nur das deutsche Kapital, sondern auch das internationale Finanzkapital stand, nicht ernst zu nehmen, so ist es heute falsch, die Ankündigungen in »The Great Reset« nicht ernst zu nehmen.

Wir haben bereits in der Corona-Plandemie einen Abbau der Menschenrechte und eine Gleichschaltung der veröffentlichten Meinung erlebt, was heute im kollektiven Westen in Sachen Ukraine-Krieg fortgesetzt wird. Wurden mit der Plandemie den Aktionäre von Big Pharma Steuergelder in unvorstellbaren Höhen umgeschaufelt, so geschieht dasselbe jetzt in Richtung der Aktionäre des militärisch-industriellen Komplexes und beide Male reiben sich die 1%, die hinterm internationalen Finanzkapital stehen, sich die Hände. Es findet darüber hinaus mit der durch die antirussischen Sanktionen losgetretene Inflation und die begleitende Energiearmut, die zu Entindustrialisierung und Arbeitslosigkeit auf breiter Front führen wird, eine rasant beschleunigte Umverteilung von unten nach oben statt.

Wo wir morgen hinwollen

Es gilt also rasch umzusteuern, dem Treiben nicht nur Einhalt zu gebieten, sondern dem internationalen Finanzkapital jede Macht zu entreißen im Hinblick auf eine neu einzu-richtende solidarische Gesellschaft mit direkter Demokratie in Politik und Wirtschaft. Dazu gehört ein imperatives Mandat, Berichtspflicht der Mandate in regelmäßigen Abständen sowie nach Aufforderung und jederzeitige Abwahlmöglichkeit. Das wäre dann wirkliche Volksherrschaft!

Das wird voraussichtlich nicht schon 2023 erreicht werden, aber wir können erste Schritte in diese Richtung setzen mit dem Referendum aus Initiative der Bürger zu einem konkreten Thema, das nicht mit der Zahl an zu erreichenden Unterschriften und der bürokratischen Erschwernis eines Gangs aufs Gemeindeamt verbunden ist. Die Unterschriftleistung muß über eine Plattform wie »my guichet« möglich sein und 5.000 müssen dafür reichen. Die jetzt mit dem neuen Verfassungstext, dem weder wir noch das allgemeine Wahlvolk ihre Zustimmung gegeben haben, geschaffene Möglichkeit eines Gesetzesvorschlags mit 12.500 Unterschriften ist dahingegen eine reine Beschäftigungstherapie wie die Internet-Petitionen, von denen es ja hieß es sei »kein Wunschkonzert«. Wir wollen aber ein Wunschkonzert des Wahlvolks, mit dem es möglich ist, dem Parlament das Heft aus der Hand zu nehmen.

Denn von Volksherrschaft (und nichts anderes sollte der Begriff »Demokratie« bedeuten) kann nicht die Rede sein, wenn Bürger nur alle paar Jahre ein paar Kreuzchen machen dürfen und sie danach keinerlei Einfluß auf das haben, was die 60 am Krautmarkt und die 17 (oder wie viele es dann in der nächsten konkret sind) in der Regierung tun. Es hat sicher 2018 niemand fürs Außerkraftsetzen der in der Menschenrechtskonvention des Europarats normierten Rechte gestimmt, aber das hat stattgefunden mit den Corona-Maßnahmen wie mit der Zensur gegen russische Medien! Es sollte uns allen ein Anliegen sein dafür Sorge zu tragen, so etwas nie wieder erleben zu müssen.

Dabei ist es wesentlich zu verhindern, über internationale Ebenen etwas reingereicht zu kriegen, was den Wünschen der Bevölkerung in Luxemburg nicht entspricht. Ein gutes Beispiel für etwas, das nie passieren darf, sind die aktuellen antirussischen Sanktionen, die vor allem uns, den Menschen in Westeuropa großen Schaden zufügen. Denn Westeuropa ist ein verdammt rohstoffarmes Gebiet und braucht daher unbedingt den Zugang zu den russischen Rohstoffen, und das nicht nur in Energiefragen, um Wohlstand zu erhalten.

Es gilt also Regierungsvertretern ein imperatives Mandat mit auf den Weg zu gehen, damit sie wissen, zu was sie in der EU, der Weltgesundheitsorganisation, der NATO oder in anderen supranationalen Institutionen ihre Zustimmung geben dürfen. In der NATO wird von vornherein klar sein müssen, daß gegen jeden Aufrüstungs- und Kriegsbeschluß zu

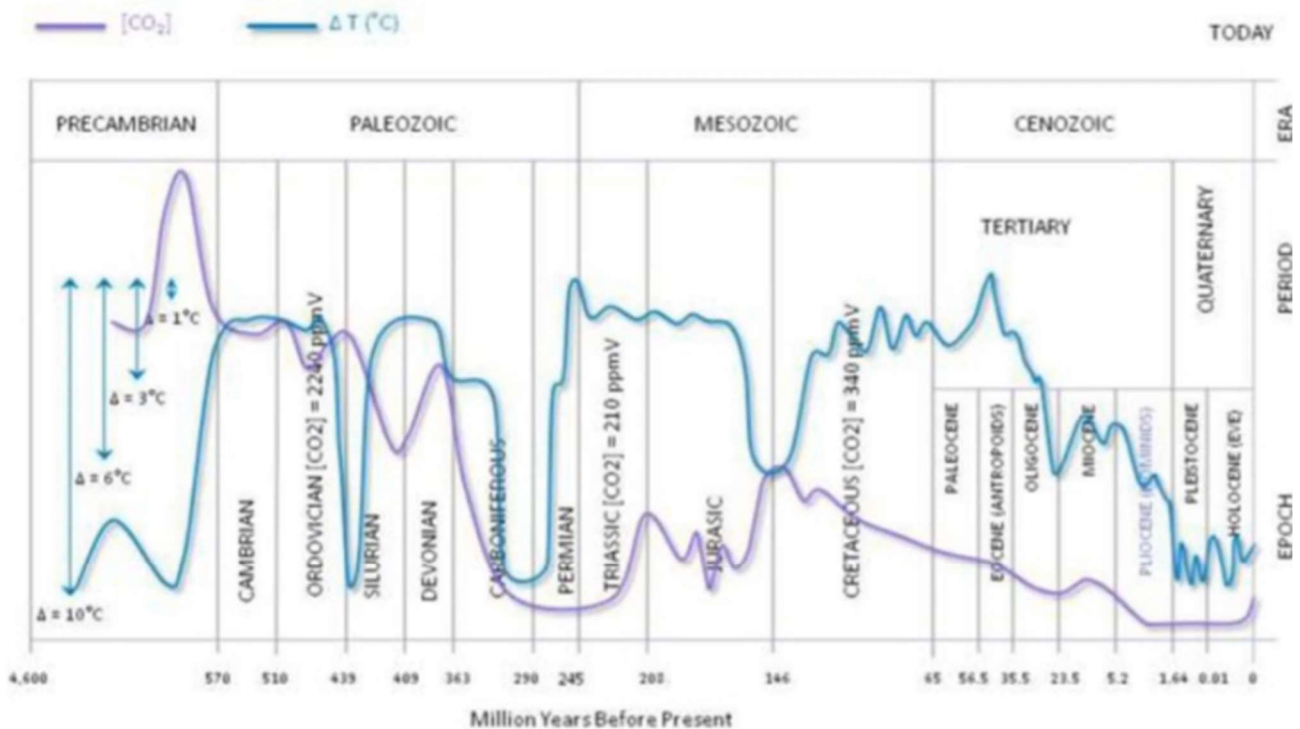
stimmen ist, und das bis zum Austritt Luxemburgs aus diesem Kriegsbandnis. Eine Unterstützung des faschistischen Regimes in Kiew darf nicht weitergeführt werden mit der Erklärung, Kiew verteidige »unsere Werte«. Angesichts der Tatsache, daß im Herrschaftsbereich des Kiewer Regimes alle Oppositionsparteien und -medien verboten sind, daß es verboten ist in der Öffentlichkeit Russisch zu sprechen, die Kiewer Rada gerade eben ein Gesetz zum Verbot der ukrainisch-orthodoxen Kirche Moskauer Patriarchats verhandelt und tagtäglich seit 2014 Wohngebäude, Schulen und Kliniken im Donbass beschossen werden, daß neuerdings nicht nur Oppositionelle verschwinden, gefoltert und ermordet werden, sondern auch noch Kriegsgefangene verschwinden, daß kurzum alle Menschenrechte außer Kraft gesetzt sind und Russen als minderrassige zu ermordende bösertige Wesen bezeichnet werden, ist es ein Hohn wenn es heißt, dieses Regime vertrete dieselben Werte wie die EU und auch Luxemburg.

Wäre dem so, so wäre die EU nicht mehr nur ein Bündnis kleiner Imperialisten, die eingesehen haben, jeder für sich sei nicht mehr stark genug um irgendein Land z.B. in Afrika dazu zu zwingen, sich ihm zu unterwerfen, und die es daher gemeinsam versuchen. Wenn dem so ist, so ist die EU nicht mehr nur ein Konstrukt, das sich vom internationalen Finanzkapital in dessen Interessen steuern läßt, wie wir das zunächst im Interesse von Big Pharma bei Corona und jetzt im Interesse des militärisch-industriellen Komplex im Zusammenhang mit der Lieferung von Waffen und Munition an Kiew erleben mußten. Die EU ist dann selbst auf dem Weg zum offenen Faschismus, wobei das Außerkraftsetzen des Menschenrechts auf freien Informationszugang durch eine antirussische Zensur ja bereits ein erster großer Schritt war.

Für »WEHRET DEN ANFÄNGEN« ist es folglich schon zu spät. Diese EU, deren Militarisierung im Lissabon-Vertrag festgeschrieben ist, muß auf die Müllhalde der Geschichte geworfen werden mit der NATO, damit Frieden, Völkerverständigung und gedeihliche Zusammenarbeit mit allen auf dem eurasischen Kontinent möglich wird, auch mit Russen und Chinesen. Daran hängt für die derzeitigen europäischen NATO- und EU-Mitgliedsländer der Wohlstand ihrer Völker. Es ist klar, daß die in Washington, Brüssel, Straßburg, Paris, Berlin, Luxemburg und anderswo, aber definitiv nicht in Minsk und Moskau beschlossenen Sanktionen die russische Wirtschaft nicht in die Knie zwingen, aber Westeuropa deindustrialisieren.

Es sollte nicht vergessen werden, daß vor der Industrialisierung die Gesamtbevölkerung in Westeuropa nur ein Viertel von dem ausmachte, wie sie heute ist, weil die Wirtschaft damals nicht mehr ernähren konnte. Die aktuelle Politik von EU und NATO im Zusammenhang mit der Klima-Religion läuft folglich auf einen regelrechten Völkermord hinaus, den wir stoppen müssen. Wobei, wer ins Mittelalter zurück will, hat nicht nur viel zu viele Esser in Westeuropa, er müßte auch schleunigst damit beginnen, massenhaft Pferde zu züchten!

Geological Timescale: Concentration of CO₂ and Temperature fluctuations



1- Analysis of the Temperature Oscillations in Geological Eras by Dr. C. R. Scotese © 2002. 2- Ruddiman, W. F. 2001. *Earth's Climate: past and future*. W. H. Freeman & Sons. New York, NY. 3- Mark Pagani et al. *Marked Decline in Atmospheric Carbon Dioxide Concentrations During the Paleocene*. *Science*; Vol. 309, No. 5734; pp. 600-603, 22 July 2005. Corrected on 07 July 2008 (CO₂: Ordovician Period).

GEOLOGISCHE ZEITACHSE IN MILLIONEN JAHRE

Wenn die Schulschwänzer von »Fridays for Future« und die Klebefanatiker von »The last Generation« dorthin wollen, wir wollen es nicht. Der CO₂-Wert von 0,04% ist weit davon entfernt der jemals höchste auf diesem Planeten gewesen zu sein oder irgendwie gefährlich fürs Überleben der Menschheit zu sein. Fakt ist, daß er in der Geschichte des Planeten schon wesentlich höher war, daß auch die durchschnittliche Temperatur auf diesem Planeten bereits viel höher war und daß ein Gegenüberstellen der Temperaturentwicklungskurve mit der des jeweiligen CO₂-Werts nicht nur in den letzten 40 Jahren zeigt, daß es keinen Zusammenhang zwischen beiden Kurven gibt. Es gab Zeiten, in denen die Temperatur stieg und der Anteil von CO₂ in der Luft sank und es gab Zeiten, in denen die Temperatur sank und der Anteil von CO₂ in der Luft anstieg (Siehe: <https://magma-magazin.su/2023/01/patrick-moore/der-positive-einfluss-der-menschlichen-co2-emissionen-auf-das-fortbestehen-des-lebens-auf-der-erde/>). Klar ist, daß das der aktuell für sakrosankt erklärten Klima-Religion widerspricht. Daß es sich dabei um Religion und

nicht um Wissenschaft handelt, und daß sich die Frage nach den dahinter stehenden Interessen aufdrängt, zeigt sich darin, daß jedes Argumentieren verboten ist.

Solches haben wir bereits bei der Corona-Religion erlebt, aber hier wie dort ist Wissenschaft keine Frage von Mehrheiten, sondern eine Frage von besseren oder schlechteren Argumenten. Z.B. ist die Theorie »Alle Schwäne sind weiß« mit dem ersten schwarzen Schwan widerlegt. Angesichts der Fakten aus der obenstehenden Tabelle (helle Kurve: Temperatur, dunkle Kurve: CO₂-Anteil an der Atmosphäre) sind wir nicht bereit, der Klima-Religion beizutreten und beharren darauf, daß wir aktuell gerade erst aus einer Kaltphase herauskommen. Wobei Klima zu keiner Zeit auf diesem Planeten etwas Statisches war. Es gab immer Wandel, und dem Menschen einen Einfluß darauf anzudichten ist religiöser Größenwahn. Wo immer Leute von diesem Wandel negativ betroffen sind, ist die Menschheit zu solidarischer Hilfe aufgerufen. Damit wir diese leisten können, dürfen wir nicht die Basis unseres Wohlstands vernichten für die Schimäre einer Reduktion des CO₂-Gehalts, wobei obendrein der aktuelle eine Vorbedingung ist für gedeihliches Wachstum aller Pflanzen und folglich auch unserer und der Tiere Nahrung. Ohne die sinnlosen Rüstungsausgaben wird es ein Leichtes sein, den nötigen solidarischen Beistand zu leisten.

Das macht Naturschutz nicht falsch, aber wir sollten wieder dazu zurückkommen und uns vom Gerede um den Klima-Schutz verabschieden. Denn wir haben keinerlei Einfluß auf die Menge Wärme, die unsere Sonne zu uns schickt, wobei wir wissen, daß in sehr vielen Jahren sie alles auf diesem Planeten verbrennen wird, bevor sie zur schwarzen Sonne wird. Bis dahin müssen wir in der Lage sein, auf einen anderen Planeten in einem anderen Sonnensystem auszuwandern, wenn wir dann nicht mit verglühen wollen. Es ist aber noch viel Zeit bis dahin und niemand von uns wird das miterleben. Dennoch ist das ein Auftrag zur Weiterentwicklung der Produktivkräfte und nicht zum sinnlosen Abwürgen.

Es geht folglich auch nicht an, bisherige Energieträger zu verteufeln, während noch kein funktionierendes alternatives System verfügbar ist, obwohl es durchaus vernünftig bleibt, für eine gesündere Atemluft in den Städten und Industriegebieten zu sorgen. Es kann aber nicht angehen, Erdöl, Erdgas und Kohle abzdrehen, so lange nicht ein funktionierendes System aus erneuerbaren Quellen da ist. Das kann nicht nur aus Wasser, Windturbinen und Photovoltaik bestehen, denn da fehlt das Speichermedium für die Zeiten, in denen zu wenig Sonne scheint und zu wenig Wind weht. Wasserstoff könnte dieses Medium werden, aber eine solche Infrastruktur ist erst in Ansätzen vorhanden und wird obendrein abgebremst, wenn sich auf sogenannten grünen Wasserstoff kapriziert wird. Eine Gesellschaft ohne genügend große Mengen an jederzeit verfügbarer Energie aber wird automatisch zu einer deindustrialisierten Gesellschaft, die sich dem Mittelalter annähert. Denn die Jetztzeit unterscheidet sich vor allem durch günstige Energie, die in großen Mengen nahezu unbeschränkt verfügbar ist, vom Zustand der Kutschenzeit, wo die einzige wirklich ständig verfügbare Energie die von Tieren und menschlichen Muskeln war. Noch einmal: DAHIN WOLLEN WIR NICHT ZURÜCK! Aber die aktuelle Klima- und

Sanktionspolitik riskiert uns dort abzuladen. Daher müssen wir aus diesem System und aus dieser Politik aussteigen.

So viel zu den großen Problemen der Jetztzeit und den großen Linien, wie wir uns bemühen wollen, die Richtung zu wechseln zu einer solidarischen Gesellschaft des dauerhaften Friedens und Wohlstands weltweit, denn wir sind uns sicher:

»Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein.«

Für die Übergangszeit auf dem Weg in diese von uns angestrebte Gesellschaft gilt es in den unterschiedlichen Politikbereichen kurzfristig nötige Schritte für die kommende Legislaturperiode zu skizzieren.

NATO raus – raus aus der NATO

Da die NATO längst nicht einmal mehr im kleinsten Ansatz ein Friedensbündnis ist, aber ständig höhere Rüstungsausgaben von uns fordert, soll Luxemburg seinen Austritt aus diesem aggressiven Militärbündnis erklären. Anstatt Steuergelder im Interesse der Aktionäre des militärisch-industriellen Komplexes zu verpulvern soll ein Technischer Hilfsdienst statt der bewaffneten Truppe entstehen. Die Luxemburger Armee hat allenfalls einen Wert beim Einsatz gegen Streikende im Land selbst, was wir jedenfalls nicht sehen wollen. Es kann andererseits nicht Aufgabe Luxemburgs sein für irgendwelche Einsätze außerhalb unserer Landesgrenzen Kanonenfutter zu stellen.

Ein Technischer Hilfsdienst aber wird dringend hierzulande gebraucht, das haben die Überschwemmungen nach Starkregenfällen der letzten Jahre mehr als deutlich gezeigt, wobei diesem Hilfsdienst auch eine Rolle zukommt bei der Vorbeugung. In diesen können sowohl die Bediensteten der Armee wie jene der NATO-Militär- und Reparaturlager übernommen werden. Auch für die Feuerwehren bei Großbränden ist ein Technischer Hilfsdienst eine wertvolle Unterstützung.

Ein kleines Land wie Luxemburg sollte nicht als Schoßhund in einem militärischen Bündnis mitlaufen, sondern sollte sich für Friedenserhaltung mit Diplomatie einsetzen und sich als neutralen Verhandlungsort anbieten können für Streitfälle zwischen Staaten.

Bildungswesen

Kinder haben eine natürliche Wissbegierde, die ihnen in der Schule erfolgreich ausgetrieben wird. Das mag sie zu funktionierenden Rädchen im Interesse des internationalen Finanzkapitals machen, aber nicht zu glücklichen Menschen, die frei und selbstbestimmt

leben können. Anstatt immer wieder in Studien bestätigt zu bekommen, daß Schule in Luxemburg die soziale Spaltung in oben und unten verfestigt, gilt es das zu ändern mit den dafür nötigen Mitteln. Die heutigen reichen dafür definitiv nicht, und das auf keiner Ebene, wobei Systematik und programmatische Inhalte grundlegend zu ändern sind. Es ist etwa total absurd, was in Geschichte und Wirtschaftskunde hierzulande gelehrt wird: Propaganda statt Wissen um die Wirklichkeit !

Es nützt auch nicht, mit guten Absichten eine Reform wie die von der Primärschule zur Grundschule durchzuführen, wenn dann alle guten Absichten sich mangels Mitteln und Personal nicht im entferntesten in die Wirklichkeit umsetzen zu lassen. Es muß Schluß sein mit den Sparmaßnahmen mittels Kontingent und die Schule darf nicht mehr wie vor 50 Jahren nur zum Erfolg führen, wenn die Eltern als Förderlehrer einspringen.

Gesundheitswesen: Vorbeugen ist besser als heilen

Im Gesundheitswesen braucht es eine grundlegende Umsteuerung vom Bekämpfen von Symptomen nach Krankheitsausbruch mit Chemie zur vorbeugenden Stärkung des Immunsystems. Die aktuelle Medizin tut als gäbe es dieses gar nicht und verbreitet die Illusion, dasselbe Mittelchen beim selben Symptom wirke bei jeder Person. Es ist nun aber so, daß nicht jedes Immunsystem gleich ist und folglich reagiert nicht jeder Mensch auf dasselbe identisch.

Personalisierte Medizin ist jedoch nicht erreichbar über Computer oder KI (Künstliche Intelligenz), schon gar nicht über Anordnungen des Collègue Médical oder der Gesundheitsdirektion. Sie kann nur funktionieren über das Gespräch des Patienten mit dem Arzt, und dieses Gespräch darf nicht dazu führen, daß der Arzt nachsieht, was die Obrigkeit als Mittel vorschreibt zu einem entsprechenden Symptom. Denn es ist zu überprüfen, wie es zu einem Problem gekommen ist, um das Problem zu lösen. Folglich darf es auch keine Verschreibungs-Vorschriften von wem auch immer geben.

Es ist folglich zu unterbinden, daß die Pharma-Industrie Ärzte mit »Beratern« aufsuchen läßt, die ihnen Vorteile versprechen, wenn sie gewisse Medikamente entsprechend oft verschrieben werden. In allen Gremien darf niemand sitzen, der Vorteile von der Pharma-Industrie angenommen hat. Alle Abgestraften wegen Mißachtung der Corona-Vorgaben der Gesundheitsdirektion sind zu rehabilitieren, während die Autoren dieser Vorgaben aus allen Gremien zu entfernen sind.

Das Gespräch des Arztes mit dem Patienten muß wieder zum zentralen Element der Ausbildung zum Arzt werden. Da das international immer weniger der Fall ist, muß umso mehr für eine nationale Vollausbildung zum Mediziner gesorgt werden. Dabei müssen alternative Methoden abseits der Verabreichung chemischer Präparate im Vordergrund

stehen. Dem »primum non nocere« (erstens nicht schaden) aus dem Hypokratischen Eid ist absoluter Vorrang einzuräumen.

Die Klinik in Wiltz ist einschließlich der Geburtenabteilung wieder als vollwertige Klinik im Norden des Landes auszubauen. Grundsätzlich muß es im ganzen Land dieselbe medizinische Versorgung geben. Es muß auch möglich sein, zu Hause oder in Strukturen von Hebammen zu entbinden.

Da die Weltgesundheitsorganisation (WHO) von den Neoliberalen zur Dependenz der Pharma-industrie wurde (80% ihrer Finanzierung kommt mittlerweile direkt oder indirekt aus diesem Bereich) und es für Luxemburg keine Möglichkeit gibt, zu erreichen, daß dies rückabgewickelt wird, bleibt zum Aufrechterhalten der Souveränität in Gesundheitsfragen nur der Austritt möglich. Dies ganz besonders angesichts der Versuche, aus der WHO ein Gremium zu machen, das nicht nur wie bisher Empfehlungen aussprechen können soll, sondern zwingend zu befolgende Vorschriften, die entsprechend der Financier auch logischerweise deren Profit-Interessen bedienen und nicht die Gesundheit der Menschen zum Ziel haben.

Klar ist, daß keiner internationalen Organisation im Gesundheitswesen und keinem Mitglied derselben Immunität zustehen kann für allfällige negative Folgen seiner Tätigkeit. Dies gilt für die WHO genauso wie für die Bill and Melinda Gates Stiftung oder die von ihr auf den Weg gebrachte Impfallianz.

Arbeit, Wirtschaft & Soziales

Aktuell kommt die größte Gefahr für die Wirtschaft in Luxemburg und in der gesamten EU von den antirussischen Sanktionen. Die dadurch entstandene extreme Verteuerung und Verknappung von Energie droht zur Deindustrialisierung Westeuropas, damit zu Massenarbeitslosigkeit und zum Verlust unseres Wohlstands zu führen.

Es ist daher vorrangig wichtig, diese Sanktionen, die uns schaden, aber nicht Rußland, zu beenden und wieder normale freundschaftliche Beziehungen mit Weißrußland und der Russischen Föderation aufzunehmen. Dazu müssen wir aufhören, ein Vasallenstaat der USA mit beschränkter Souveränität zu sein.

Der Wirtschaftsbereich muß demokratisiert werden und die gesellschaftlich notwendige Arbeit muß gleichmäßig auf alle verteilt werden, damit niemand übrig bleibt und kein gedeihliches Auskommen hat. Es gilt die Wirtschaft so umzugestalten, daß sie die Bedürfnisse der Menschen befriedigt, was bei der aktuellen Steuerung der Wirtschaftstätigkeit allein durch Profiterwartungen leider vielfach nicht stattfindet, denn es wird nur die finanzkräftige Nachfrage befriedigt auf diese Weise.

Strukturen wie die aktuelle EU oder das Weltwirtschaftsforum, die dazu dienen, die absolute Macht des internationalen Finanzkapitals über die Wirtschaft und Politik abzusichern, sind daher abzulehnen. Eine Beteiligung am Weltwirtschaftsforum ist Luxemburgern strikt zu untersagen, weil sie als kriminelle Vereinigung gegen Normalsterbliche zu werten ist. In der EU muß Luxemburg sich um Bündnisse mit anderen Staaten bemühen, damit der Einfluß des internationalen Finanzkapitals zurückgedrängt werden kann, nachdem es leider nicht möglich ist, aus der EU auszutreten als kleines Binnenland, das leicht zu ersticken wäre bei einem Austritt.

Umwelt & Landwirtschaft

Grundsätzlich ist festzuhalten, daß nur die biologische Landwirtschaft nachhaltig ist, weil nur sie Humus aufbaut, während die Verwendung von chemischem Dünger und Pestiziden, die eigentlich Nervengifte sind, Humus abbaut. Daher ist die Landwirtschaftspolitik darauf auszurichten, die Umstellung auf diese nachhaltige Wirtschaftsweise sicherzustellen.

Die Erkenntnisse, die auch im Landwirtschaftsministerium vorhanden sind, aber nicht angewendet werden, weil das gewissen Interessen der Zulieferindustrie widerspricht, muß zum Durchbruch geholfen werden. Dazu gehört die Erkenntnis, daß Kühe kein Kraftfutter wie Mais und Soja brauchen, da sie physiologisch aufs Grünlandverwerten angelegt sind. Mit Klee gras (auch Luzerne genannt) sind bleiben sie wesentlich gesünder zum Leidwesen der Pharma-Industrie und allzu geschäftstüchtiger Veterinäre.

Wir müssen uns auch von allen Illusionen verabschieden, Grünland könne zu Äckern umgewandelt zu werden und Äcker könnten für den Gemüseanbau genutzt werden. Das sind unterschiedliche Bodenarten, weswegen es richtig ist, wenn jedes Land das anbaut, was dort am besten wächst auf den zur Verfügung stehenden Böden. Wir werden folglich nicht daran vorbei kommen, von dem einen zu exportieren und von dem anderen zu importieren.

Wohnen ist ein Menschenrecht

Die letzten Jahrzehnte war das Hauptproblem in Luxemburg die zu geringe Zahl an Bauarbeitern, um so viele Wohnungen pro Jahr fertigzustellen wie nachgefragt wurden. Denn mit dem exponentiellen Zuwachs bei den Arbeitsstellen, der ständig steigenden Zahl an Grenzgängern und den damit verbundenen Verkehrsproblemen, stieg die Nachfrage nach Wohnungen von Jahr zu Jahr an.

Das steigerte die Profite aller Beteiligten, von denen die meisten eng verbandelt sind mit der nationalen wie lokalen Politik-Führung, während jene, die eine Wohnung zu kaufen oder zu mieten suchten, draufzahlten. Während der soziale Wohnbau in Vergessenheit geriet, ersetzte zuletzt der sogenannte »erschwingliche Wohnbau« den subventionierten Wohnbau, wobei letzterer noch zum Vermögensaufbau führte, der sogenannt erschwingliche mit dem Erbpachtvertrag am Grundstück und dem Vorkaufsrecht für staatliche Bauträger oder Gemeinden aber nicht mehr. Mieter sind in diesem Fall die sprichwörtlich letzten, die von den Hunden gebissen werden.

Dabei hätte Luxemburg ein gutes Sozialmietgesetz, auch wenn es schon recht alt ist, aber es gibt viel zu wenige soziale Mietwohnungen, in denen die Miete vom Einkommen abhängt und bei niedrigem eben niedrig ist.

Mit den antirussischen Sanktionen, die der EU von den USA anbefohlen wurden, kamen nicht nur Energieprobleme und Inflation daher, sondern auch Zinssteigerungen. Bei Hypothekarkrediten, die nicht bei Abschluß zu einem Fixzins vereinbart wurden, sind das mittlerweile 1,5% Zuwachs. Bei einem aushaftenden Kreditbetrag von 500.000 € – und welcher Wohnungskäufer hat weniger, bei einem Hauskauf ist es sicher sogar mehr – sind das 7.500 € mehr, die zusätzlich zu den bisherigen Zinsen und der vereinbarten Rückzahlung des aufgenommenen Kapitals pro Jahr zu stemmen sind. Die 625 € mehr im Monat werden so manchen Haushalt aus der finanziellen Bahn werfen – bei denen, wo mehr als die halbe Million aushaftet, umso ärger und schneller.

Gleichzeitig wird das gestiegene Zinsniveau, das unter Garantie noch nicht am Höchststand angekommen ist, dazu führen, daß immer mehr Haushalte gar keinen Kredit bekommen. Wobei das schon letztes Jahr schwieriger wurde, weil ein ständig steigender Anteil als vorhandene Eigenmittel Vorbedingung der Krediterteilung wurde. Während vor nicht allzu langer Zeit eine Finanzierung von 110% sogar die Notariatskosten mit abdeckte, muß ein Kreditwerber heute überglücklich sein, wenn eine Bank bereit ist, mehr als zwei Drittel auf Kredit zu geben.

Das hat bereits das Bauen neuer Wohnungen deutlich verlangsamt, denn ein Bauträger läßt erst bauen, wenn er mindestens die Hälfte der Wohnungen in einem Projekt verkauft hat. Auf einmal haben wir genug Bauarbeiter, doch umso nötiger wäre gerade jetzt sozialer Mietwohnbau von Staat und Gemeinden.

Davon aber ist nichts in Sicht, es gibt dazu nicht mal eine Debatte, dafür aber ein neues Mietgesetz, das riskiert, die Mieten im Altbau deutlich zu verteuern. Denn statt der Begrenzung der Jahresmiete auf 5% des tatsächlich investierten Kapitals, sieht das nun vorgelegte Gesetzesprojekt, dem der Regierungsrat einstimmig seine Zustimmung erteilte, zwar eine Reduzierung auf 3,5% vor, aber vom Marktwert. Das wird, wenn es jetzt im Sommer schnell vorm Ende der Legislaturperiode am Krautmarkt durchgewunken wird,

im Altbestand verlässlich zu einem Preissprung bei den Mieten führen, auch wenn es später, nach einem Zusammenbruch des Immobilienmarkts, zur Verbilligung führen kann.

Damit kommen jene, die jetzt keinen Kredit mehr bekommen, extrem vom Regen in die Traufe. Denn sie müssen ja dann zwangsweise mieten und bei steigenden Mietpreisen werden sie nie dazu kommen, sich das anzusparen, was heute verlangt wird, um kreditwürdig zu sein.

Wobei diesen relativ rasch noch dazu Konkurrenz droht von jenen, die angesichts steigender monatlicher Rückzahlung in Verzug geraten. Sie werden aus dem rausmüssen, was sie glaubten als ihr Eigentum ansehen zu können, wobei die Bank dann versuchen wird, das zu Geld zu machen.

Genau so hat in den USA die »Subprime«-Krise 2007/8 eine gewaltige Immobilienkrise mit einem kräftigen Preisverfall zur Folge gehabt, bei der zahlreiche Opfer auf der Strecke blieben. Noch heute »wohnen« 10% der Bevölkerung in den USA in einem Wohnwagen oder einem Camping-Car, während 3% obdachlos sind. Müssen wir das hier nachvollziehen?

Wahrscheinlich schon, wenn sich in der EU nicht unerwartet Vernunft einstellt, die USA mit der NATO aus Europa hinauskomplimentiert werden, um die antirussischen Sanktionen beenden zu dürfen und mit neuem politischen Personal an der Spitze wieder freundschaftliche Beziehungen mit der Russischen Föderation aufzunehmen. Bloß ist dafür nicht der kleinste Ansatz zu erkennen, wobei obendrein die derzeitige Politik gar keine Wiederaufnahme russischer Kohle-, Gas- und Erdöllieferungen wünscht, da dies der Lehre vom Ausstieg aus fossilen Energiequellen zuwider liefe.

Daher drohen wir in eine krachende Deindustrialisierung zu fallen, wobei Luxemburg dann den Vorteil hat, Arbeitslose exportieren zu können. Damit verschwindet aber die Attraktivität des Landes, das Bevölkerungswachstum dreht sich um, womit dann auch der Druck aus dem Wohnungsmarkt mit der Auflösung der Staus auf den Straßen rauskommt. Wir werden dann aber ganz andere Probleme haben!

Genug günstige Energie für alle(s)

Was die heutige Gesellschaft vom Mittelalter unterscheidet sind zwei Dinge: Erstens die Anzahl verfügbarer Arbeits- und Reitpferde, zweitens jederzeit verfügbare günstige Energie für alle und für alles. Wer die Verfügbarkeit von Energie in Frage stellt aus politischen Gründen wie die antirussischen Sanktionen oder aus pseudo-religiösem Klimaschutz sollte also raschest viele Pferde züchten.

Wer eine Rückkehr in die Lebensweise des Mittelalters nicht wünscht, muß für rund um die Uhr verfügbare Energie sorgen. Das war bis März 2022 wunderbar geregelt und abgesichert mit Strom, Gas, Kohle, Erdöl und Holz in einem koordinierten System inklusive von Reservehaltung. Mit den antirussischen Sanktionen und der forcierten Beschleunigung des Ausstiegs aus den fossilen Energiequellen gerät das System ins Wanken.

Solar- wie Windstrom sind volatile Energiequellen, deren Verfügbarkeit nicht rund um die Uhr an jedem Tag des Jahres vorliegt. Theoretisch denkbar ist es, zur Stabilisierung des Systems Wasserstoff einzusetzen, der sowohl speicherbar ist als auch in industriellen Prozessen eingesetzt wird, in denen bisher Gas, Kohle oder Erdöl eingesetzt wurde. Allerdings ist dazu noch die nötige Infrastruktur aufzubauen, auch für den Import. Denn es ist eine Illusion, eine Industriegesellschaft in unseren Breitengraden nur mit lokal erzeugtem Solar- und Windstrom energiemäßig zu versorgen.

Es ist aber mehr als töricht, aus fossilen Energiequellen auszusteigen, bevor ein alternatives System infrastrukturmäßig steht. Dies ist umso törichter, als die Dringlichkeit, sofort weniger CO₂ auszustoßen gar nicht gegeben ist, wie zuvor erklärt. Es ist daher unbedingt erforderlich, die Versorgung mit Erdöl, Erdgas, Kohle und Holz weiterhin abzusichern mit einem sofortigen Ausstieg aus den antirussischen Sanktionen, der sofortigen Wiederinbetriebnahme des nicht gesprengten Strangs von Nord Stream, der Jamal-Pipeline und der Reparatur der zerstörten drei Stränge. Das superdreckige und teurere LNG-Frackinggas ist abzulehnen, umso mehr im Prozeß der Rückführung in den gasförmigen Zuständen Giftstoffe an die Umwelt abgegeben werden.

Kommt es nicht dazu und die Preisdeckel, welche aktuell als Wahlzuckerl von der Luxemburger Regierung geben werden, am 1.1.2024 wegfallen, wird das zur Katastrophe für Haushalte wie Betriebe. Schließlich hat die Regierung eingestanden, aus dem Staatsbudget werde aktuell die Hälfte der Gaskosten an die Lieferanten bezahlt. Es bedeutet das bei Beibehaltung der antirussischen Sanktionen eine Verdoppelung der Kosten für Konsumenten nach 2023. Allein das sollte Grund genug sein, niemanden von denen eine Stimme zu geben, die aktuell in der Chamber sind.

Demokratie & Justiz

Festzuhalten ist, daß das Wahlvolk im aktuellen System des bürgerlichen Parlamentarismus nach der Wahl keinerlei Einfluß daran hat, was mit dem Ergebnis geschieht bei der Regierungsbildung und was für Entscheidungen nachher im Parlament gefällt werden. Die in die neue Verfassung eingeschriebenen theoretischen Einflußmöglichkeiten des Wahlvolks sind in der Praxis keine, da sie zwar das Einbringen von Wünschen ermöglichen, den Abgeordneten aber freistellen, ob sie das umsetzen oder nicht. Es ist dies folglich nur ein scheinbarer Einfluß und daher höchstens eine Beschäftigungstherapie.

Das wollen wir ändern. Zunächst einmal mit der Einführung des Referendums aus Initiative des Wahlvolks. Das muß übers Internet möglich sein ohne den persönlichen Weg aufs Gemeindeamt. 5.000 Unterschriften von Wahlberechtigten müssen reichen, und wenn der Gesetzesvorschlag nicht vom Parlament akzeptiert wird, muß ein Referendum durchgeführt werden, dessen Ergebnis bei Beteiligung der Hälfte der Bevölkerung maßgebend ist.

Endziel ist die Einführung von direkter Demokratie in Politik und Wirtschaft, was dank Informatik technisch möglich geworden ist. Die direkte Demokratie darf sich nicht auf die Politik beschränken, denn in jeder Gesellschaft ist die Wirtschaft maßgebend dafür, was möglich ist. Die Macht des internationalen Finanzkapitals über die Wirtschaft gilt es zu beseitigen.

Klar ist, daß ein Kontrollstaat das Gegenteil von Demokratie, also von Herrschaft des Volks ist. Wir haben bereits große Schritte auf dem Weg zum Kontrollstaat hinter uns mit der quadratmetergenauen Erfassung, wo sich ein Smartphone befindet und mit den Smartmetern, die dazu eingesetzt werden können, um Bewegungs- und Anwesenheitsprotokolle zu erstellen. Das ist rückabzuwickeln.

Das Bargeld muß unbedingt erhalten bleiben, da nur damit anonymes Zahlen ohne die Erfassung, wo man zu einem bestimmten Zeitpunkt gewesen ist, möglich bleibt. Demokratie findet mit einem gläsernen Bürger nicht mehr statt, Demokratie setzt gläserne Verhältnisse in Politik und Wirtschaft voraus. Die gilt es herzustellen!

Gläserne Verhältnisse gilt es auch in der Justiz herzustellen. Es muß Schluß damit gemacht werden, daß das Justizministerium die Staatsanwaltschaft auffordern kann, jemanden zu verfolgen oder Berufung gegen ein Urteil einzulegen.

Mobilität für alle(s)

Aus ideologischen Gründen wurde der Warentransport von der Schiene und den Wasserwegen auf die Straße verlegt, wo die Frächter nicht für die Infrastruktur aufkommen im Gegensatz zu Schiene und Wasserwegen, wo gleichzeitig die (ver)staatlichten Gesellschaften zurückgedrängt wurden. Das ist volkswirtschaftlicher Unfug und es gilt, das rückabzuwickeln.

So wichtig es ist, gut funktionierenden öffentlichen Personenverkehr zu haben, so wesentlich ist die Möglichkeit privater Verkehrsmittel für eine freie Gesellschaft. Das kann sich nicht aufs Fahrrad beschränken, sondern muß sehr wohl auch langstreckentaugliche Autos umfassen, was eine zwangsweise Einschränkung auf batterie-elektrische Vehikel ausschließt.

Aktuell gibt es viele Mängel im öffentlichen Personennahverkehr. Das reicht von überfüllten Bahnen und Bussen über schlechte Verbindungen bis hin zu einem zu frühen Dienstschluß. Es kann nicht so bleiben, daß es von einer Bahnstation ab einer gewissen Stunde zwar noch möglich ist, mit dem Zug dorthin zu kommen, es aber kein Weiterkommen auf die nächsten Dörfer mehr gibt.

Um das Problem des Pendelns zum Arbeitsplatz zu vertretbaren Kosten zu lösen, müssen die Arbeitsplätze im Land dezentralisiert werden. Es kann nicht so bleiben, daß 48% der Arbeitsplätze in der Stadtgemeinde Luxemburg sind, 27% in den direkten Anliegergemeinden und nur 25% im großen Rest des Landes. Denn wenn das so bleibt und alle in den Zentralraum zur Arbeit antanzen müssen, ist das Verkehrsproblem selbst mit einem Teil Telearbeit finanziell nicht zu stemmen. Es wird dann immer Stau auf den Straßen und zu wenig Platz in Bahn und Bussen sein, selbst eine Einschienenbahn wäre bei ständig weitergehendem Wachstum der Zahl der Arbeitsplätze nur eine vorübergehende Erleichterung.

Ende